

Österreich

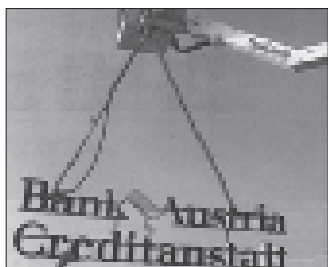


Der Weg zur SLP-Kandidatur

Die SLP will bei den kommenden Wahlen in Wien in insgesamt fünf Bezirken kandidieren. Alles über die politischen Hintergründe, Möglichkeiten der Unterstützung und die bevorstehenden Aufgaben.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Fusion: BA/CA wird von Unicredit übernommen

Nachdem vor einigen Jahren die Müncher HVB die BA-CA aufgekauft hatte, wird diese nun ihrerseits vom italienischen Bankenriesen UniCredit übernommen.

SEITE 3

Schwerpunkt



Privatisierungen

Der Trend zu weitgehenden Privatisierungen hält ungebrochen an. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Wie können Privatisierungen gestoppt werden?

SEITEN 4/5

Internationales



Pakistan: Telekomstreik vorerst beendet

Nach wochenlangen Streiks hat die Regierung ihren Privatisierungskurs mit militärischen Repressionen durchgesetzt. Einige Zugeständnisse konnten aber erkämpft werden.

SEITE 7

Wir brauchen eine neue ArbeiterInnenpartei!

Sozialistische LinksPartei will in sechs Wiener Bezirken zur Wahl antreten

von Albert Kropf, SLP Wien

Wiener Wahlen am 23. Oktober: Fünf etablierte Parteien treten an – keine davon steht in Opposition zum Kapitalismus, der heute immer mehr Sozialabbau und Privatisierung bedeutet. Während die Regierung auf Bundesebene und die SPÖ in Wien neoliberale Politik vorantreiben, hetzen Strache und Co. gegen unsere ausländischen KollegInnen. Hunderttausende ArbeitnehmerInnen und Jugendliche sind angewidert von dieser Politik. Wir meinen: Widerstand und Alternativen sind notwendig. Deshalb will die SLP als sozialistische Alternative zu Sozialabbau, Privatisierung und Rassismus im Wahlkreis Zentrum (1., 4., 5., 6. Bezirk), sowie im 10. und 20. Bezirk am 23. 10. antreten (genaue Informationen dazu auf Seite 2).

GERINGERES ÜBEL –
VERLORENE STIMME?

Aus der internationalen Erfahrung (z.B. in Deutschland), aber auch der Entwicklung in Österreich (beispielsweise dem SPÖ/FPÖ/BZÖ-Bündnis in Kärnten, oder ÖVP/Grüne in Oberösterreich) zeigt sich, wie groß realpolitisch die Annäherung der etablierten Parteien zueinander ist: Alles ist möglich – der Drang zu Macht und Privilegien verbindet offensichtlich sehr stark! Demgegenüber versucht die SLP durch ihre praktische Politik – Kampagnen zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung, die Mobilisierung gegen rechtsextreme Organisationen wie die Strache-FPÖ und den Bund freier Jugend in Oberösterreich, aktive Unterstützung der Streiks von ÖBB und AUA, internationale Solidaritätsaktionen (...) – deutlich andere, sozialistische Akzente zu setzen. Wir treten darüber hinaus dafür ein, dass PolitikerInnen nicht mehr verdienen sollen als einen Durchschnittslohn!

Jede Stimme für die SLP ist somit eine "gewonnene" Stimme für eine sozialistische Politik ohne faule Kompromisse und Privilegien!

STEIGENDE ARMUT
TROTZ REICHTUM

Dieser Tage wurde von der Bundesregierung eine neue Studie veröffentlicht. Demnach sei Österreich ein reiches Land mit niedriger Arbeitslosigkeit. Diese Optik ist mehr als schief! Inklusiver aller kranken und vom Bezug des Arbeitslosengeldes ausgeschlossenen Arbeitslosen beträgt die Quote inzwischen 11,8%. (Jänner 2005). Mehr als 140.000 ÖsterreicherInnen sind inzwischen nicht einmal mehr krankenversichert. Im Vergleich zu 2004 sind die Bruttolöhne pro Kopf nicht gestiegen, sondern im Gegenteil um 0,2% gesunken! Da sind aber die Inflation und die sonstige Teuerung durch den gewaltigen Sozialabbau der letzten Jahre noch gar nicht einberechnet. Demgegenüber meldet das Wirtschaftsmagazin Trend im Sommer 2005: "Die Zahl der Österreicher, die 2004 über ein liquides Vermögen von mindestens einer Million Dollar verfügten, wuchs auf 63.300 an, fünf Prozent mehr als noch im Vorjahr. 3300 kann man getrost zu den Superreichen zählen, bei denen die Eintrittsschwelle bei 30 Millionen Dollar liegt."

WIE ROT IST WIEN?

Das rote Wien der 20er-Jahre war der Versuch eines echten Gegenmodells zu einer schwarzen Bundesregierung: Mit Steuern welche die Reichen trafen, wurden Wohnungen und Kindergärten gebaut, gemeindeeigene Betriebe arbeiteten für die einfache Bevölkerung. Heute passiert das Gegenteil: Ein Rückblick auf die letzten 10 bis 15 Jahre zeigt das Ausmaß der Veränderun-

gen in der Politik der Stadt Wien. Wurden früher die meisten Leistungen, welche aus Steuergeldern bezahlt werden, noch direkt von der Öffentlichen Hand ausgeführt, fand in Wien eine "schleichende" Privatisierung statt. Ganz im Sinn der vorherrschenden Ideologie des Neoliberalismus wurde alles und jedes "ausgliedert" (Wien-Gas, Wien-Strom, Fernwärme, Wiener Linien, Bestattung, Fonds Soziales Wien...) – Tendenz weiter steigend. Die SPÖ zeigt damit in Wien schon vor, was sie bereit ist im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung zu leisten – viel für die "Wirtschaft" und wenig bis nichts für die Beschäftigten!

ALTERNATIVE AUFBAUEN,
SLP AUFBAUEN!

Leider gibt es in Österreich noch keine Entwicklung wie in anderen Ländern, wo aus Bewegungen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen auch neue politische Parteien und Strukturen entstehen. Vor allem fehlt dazu der organisierte Widerstand aus den Gewerkschaften, deren Führung weiter auf ein Bündnis mit der SPÖ setzt, obwohl diese von einer Politik im Sinne der ArbeitnehmerInnen schon längst nichts mehr wissen will. Nichtsdestotrotz ist es aber auch bei uns wichtig, jede Chance zu nutzen um Widerstand aufzubauen und sozialistische Alternativen zu präsentieren. In diesem Sinne versteht die SLP ihren Wahlkampf und ihr Antreten auch als Beitrag zum Aufbau einer künftigen neuen ArbeiterInnenpartei, die wir für dringend notwendig halten. Jede/r die/der uns dabei unterstützen möchte – sei es durch eine Unterschrift beim Bezirksamt, oder aktive Mitarbeit im (und vor allem auch nach dem) Wahlkampf laden wir herzlich dazu ein!



Der Standpunkt

Der Kapitalismus
widert mich an

von Sonja Grusch



Dieser Kommentar wird am Freitag, den 8. Juli, verfasst. Es ist gerade einmal 24 Stunden her, dass dutzende Menschen in London bei Bombenattentaten ihr Leben lassen mussten und hunderte verletzt wurden. Und schon missbrauchten Politiker wie Blair, Bush & Schüssel die Opfer, um ihre Politik zu verkaufen. Als Sozialistin verurteile ich diese Bombenanschläge. Ihre Opfer waren v.a. ArbeiterInnen verschiedenster Hautfarbe, Nationalität und Alters. Dass die Terroristen die Attentate mit den Kriegen im Irak und in Afghanistan rechtfertigen, macht es nicht besser. Diese Kriege sind zu bekämpfen, die Besatzung ebenso. Doch die Bomben sind kein Mittel dazu. Unter den Opfern sind nicht nur viele Moslems/Muslima, sondern auch viele, die gegen den Irak-Krieg demonstriert haben.

Blair, Bush & Schüssel wollen nun die Angst und den Schock der Menschen schamlos ausnutzen, um weitere repressive Gesetze zu verabschieden. Wie schon nach dem 11. September werden sie Demokratieabbau betreiben. Auch Schüssel spricht davon, dass "Europa bedroht werde" und "wehrhaft" sein müsse. Er hat schon weitere Pläne für unsere Überwachung in der Schublade.

Dass all diese Maßnahmen nichts bringen, zeigt die Praxis. Die ID-Karten, die Blair jetzt in Britannien einführen will, haben in Madrid (wo es diese schon gab) die Bomben nicht verhindert. Die Kameraüberwachung an öffentlichen Plätzen, die in Österreich diskutiert wird, hat in London die Anschläge nicht verhindert.

Auch Blair, Bush und Schüssel sind verantwortlich für diese Bomben. Ihre Politik der imperialistischen Kriege, ihre Ausbeutung von Menschen in der "3. Welt" und ihr realer Zynismus gegenüber den Problemen auf dieser Welt schafft den Boden, auf dem Terror gedeihen kann.

"Kampf gegen den Terror" kann daher nur eines bedeuten: "Kampf dem Kapitalismus" – jenem Wirtschaftssystem, das Kriege produziert, Menschen in die Armut treibt und davon profitiert, wenn die Umwelt zerstört wird. Unmittelbar nach den Bomben haben viele Menschen geholfen – BusfahrerInnen, PassantInnen, VerkäuferInnen. Die Besitzer einiger Hotels allerdings haben die Preise der Zimmer verdreifacht, um von den Opfern zu profitieren, die nicht mehr nach Hause kamen. Sie verzeihen mir die Emotionalität: Der Kapitalismus widert mich an!

Weil auch in Wien der neoliberale Trend spürbar ist: SLP-Kandidatur gegen Sozialabbau und Privatisierung

von Michael Gehmacher,
SLP-Gewerkschaftssprecher,
Betriebsrat beim ÖHTB, Wien

Die Mieten stiegen in Wien im letzten Jahr um 11,5%. Viele Gebühren und Tarife (vor allem für Strom, Gas und Wiener Linien) wurden angehoben. Der "Spitalkostenbeitrag" wurde von 7,92 auf 10 Euro pro Tag erhöht. Für wirkungsvolle Maßnahmen zur Spitalsfinanzierung, wie etwa eine Wertschöpfungsabgabe, ist die SPÖ nicht zu haben.

SPÖ KÜRZT SOZIALHILFE
UND SETZT NEOLIBERALE
RICHTLINIEN UM

2000 gab es in Wien noch 22.000 SozialhilfebeziherInnen – 2003 schon 70.332. Die Tendenz ist weiter steigend! 2004 wurde diese Sozialhilfe gekürzt (Mit gleichbleibenden Euro 405,22 pro Monat müssen die Betroffenen für mehr selbst aufkommen als bisher, Vorwärts berichtete). Das Pflegegeld wurde von 1996 bis 2005 nicht erhöht. Mit 1.1. 2005 erhöhte die Bundesregierung das Pflegegeld um 2%. Angesichts der Preisentwicklung eine Farce. Was hat die SPÖ daran gehindert, in Wien das Pflegegeld tatsächlich zu erhöhen? Zudem erfolgte nicht nur die Ausgliederung der Magistratsabteilung 12 und 47 am 1.7.2005 in den Fonds Soziales Wien (FSW, siehe Mittel-seite). Soziale Dienstleister müssen ab sofort Pflegebedürftige oder behinderte Menschen am "freien Markt" anwerben. Der Fonds Soziales Wien darf keinen sozialen



Aktion der Plattform "Soziales in Wien" am 1. Juli 2004, an der die SLP maßgeblich beteiligt war. Rechts: Die erste Ausgabe von "gemeinsam aktiv für widerstand im wiener sozialbereich". Bestellung auf www.slp.at

Dienstleister empfehlen oder bevorzugen. Dies würde dem neuen "Bundesvergabegesetz" widersprechen, dass die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen nach neoliberalen Grundsätzen regelt und von den Parlamentsparteien beschlossen wurde. So muss jeder Anbieter mehr in Werbung, Verwaltung usw. investieren. Das benötigte Geld fehlt dann den Bedürftigen und Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich.

DIE SLP IST AKTIV
GEGEN PRIVATISIERUNG

Die SLP hat von Anfang an den Widerstand gegen diese Entwicklung mitgetragen. SLP-Mitglieder aus dem Sozi-

albereich haben den Protesttag am 1. 7. 2004 vor dem Rathaus mitinitiiert, und in der breiten "Plattform Soziales Wien" für eine aktionsorientierten Kurs gekämpft. FSG und Gewerkschaftsführung setzten ausschließlich auf die Kooperation und Gespräche mit der FSW-Spitze. Leider ist es ihnen gelungen mit Angst-mache a'la "Aktionen gefährden unsere Gesprächsbasis mit dem FSW" viele andere BetriebsrätInnen einzuschüchtern. Nun droht die "Plattform Soziales in Wien" in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die SLP will mit möglichst vielen kämpferischen Beschäftigten und BetriebsrätInnen aus dem Sozialbereich weiter Widerstand organisie-

ren. Ein wichtiger Schritt dazu kann die Kandidatur von kämpferischen Beschäftigten bei der SLP sein. Wir sind dazu mit einigen Nicht-SLP-Mitgliedern im Gespräch.

WAS TUN
GEWERKSCHAFTERINNEN
ALS SPÖ-MANDATARINNEN?

In der letzten Wiener Gemeinderatssitzung brachten die Grünen die Forderungen der "Plattform soziales Wien" in den Gemeinderat ein. Obwohl von GPA und GdG und der AK-Wien unterstützt, stimmten die SP-Gemeinderäte der betroffenen Gewerkschaften gegen den Antrag. Um die Peinlichkeit nicht zu groß werden zu lassen, wurde ein

SP-Antrag beschlossen, den FSW zu beauftragen bei allen sozialen Dienstleistern auf die Einhaltung des Kollektivvertrages (BAGS-KVs) zu achten. Die Stärke mancher grüner PolitikerInnen in diesem Prozess liegt zweifellos darin Missstände aufzuzeigen und aus dem Gemeinderat zu informieren. Ein Grund grün zu wählen? Wir meinen Nein! Denn für wirksamen Widerstand braucht es auch politische Alternativen. Was setzen die Grünen dem neoliberalen Chaos im Sozialbereich entgegen? Im Sinne der Betroffenen ist es notwendig das Bundesvergabegesetz und die Vergaberichtlinien der EU zu brechen. Dazu sind auch die Grünen nicht bereit.

DAFÜR STEHEN WIR
ALS SOZIALISTINNEN

Die SLP steht – auch auf kommunaler Ebene – für ein starkes, vergesellschaftetes und demokratisch geplantes Sozialsystem, in der jeder bedürftige Mensch die soziale Dienstleistung, die er braucht, kostenlos bekommt. Wir kämpfen für eine bessere Bezahlung (BAGS-KV plus 200 Euro ab 2006) und eine deutliche Personalaufstockung im Sozial und Pflegebereich. Die SLP ist zwar kleiner als die etablierten Parteien, doch der kämpferische Einsatz unserer Mitglieder für die Betroffenen, kombiniert mit einem echten politischen Alternativprogramm ist ein enorm positiver Unterschied zu den Etablierten. Ein guter Grund uns zu wählen oder noch besser bei uns aktiv zu werden!

Wir brauchen Zeit, Geld & Unterschriften!

Die SLP wählbar machen – die SLP aktiv unterstützen!

von John Evers,
SLP-Bundesleitung

UNTERSTÜTZUNGS-
ERKLÄRUNG

Bei den kommenden Wiener Bezirks- und Gemeinderatswahlen strebt die SLP eine Kandidatur an. Notwendig wäre eine sozialistische Alternative in ganz Wien – bei den letzten Nationalratswahlen erreichten wir immerhin fast 4.000 Stimmen in der Bundeshauptstadt. Aufgrund der bürokratischen und finanziellen Hürden müssen wir aber Schwerpunkte setzen. Die SLP strebt eine Kandidatur in den Bezirken bzw. Wahlkreisen Zentrum (1, 4, 5, 6), Margareten, Favoriten und Brigittenau an: Zusammengekommen wohnen in diesen Bezirken über 23 Prozent der Wiener Bevölkerung.

Ab sofort kann bei den angeführten Bezirksämtern eine Unterstützungserklärung abgegeben werden. Für die Bezirksratswahl: StaatsbürgerInnen Österreichs und der EU, die im Jahr 2005 mind. 16 Jahre alt sind – d.h. alle, die bis zum 31.12.05 ihren 16. Geburtstag feiern. Da es (noch) keine Frist dafür gibt wie lange das möglich ist – bitte gleich unterschreiben gehen. Ausweis nicht vergessen!

SPENDEN: IN DEN
SOZIALISMUS INVESTIEREN

Wir benötigen alleine für jeden Bezirk und Wahlkreis in dem wir antreten 72,67 Euro.

Darüber hinaus kostet jedes Plakat, Flugblatt, etc ... Geld. Da wir im Gegensatz zu den etablierten Parteien keine Parteienförderung erhalten und über kein sonstiges Vermögen verfügen, sind wir vollständig auf Spenden gewiesen.

GEMEINSAM AKTIV WERDEN

Unser Wahlkampf ist eine Kampagne für den Widerstand gegen Sozialabbau, Privatisierung und Rassismus – für eine neue ArbeiterInnenpartei und sozialistische Alternativen. Wer diese Kampagne unterstützen möchte ist herzlich eingeladen sich bei uns zu melden, zu Treffen und Veranstaltungen zu kommen und aktiv zu werden.

Alle Infos unter www.slp.at

Wo unterschreiben?

Menschen mit Hauptwohnsitz im 1. Bezirk

(Unterstützungserklärung für den Wahlkreis Zentrum): 1; Wipplingerstraße 8 – 2. Stock Zi 230 (Mo–Fr 8.– 15.30, Do 8.–17.30)

Menschen mit Hauptwohnsitz im 4. Bezirk

(Unterstützungserklärung für den Wahlkreis Zentrum): 5; Rechte Wienzeile 105 – Frontoffice (Mo–Fr 8.– 15.30, Do 8.–17.30)

Menschen mit Hauptwohnsitz im 5. Bezirk

(Unterstützungserklärungen für Wahlkreis Zentrum und fünften Bezirk): 5; Rechte Wienzeile 105 – Frontoffice (Mo–Fr 8.– 15.30, Do 8.–17.30)

Menschen mit Hauptwohnsitz im 6. Bezirk

(Unterstützungserklärung für den Wahlkreis Zentrum): 7; Her-manngasse 24-26, Erdgeschoss Zimmer 05 (Mo–Fr 8.– 15.30, Do 8.–17.30)

Menschen mit Hauptwohnsitz im 10. Bezirk

(Unterstützungserklärungen für den Wahlkreis Favoriten und den 10en Bezirk): 10; Laxenburger Straße 43-45 – 1. Stock Zimmer 120 (Mo–Fr 8.– 15.30, Do 8.–17.30)

Menschen mit Hauptwohnsitz im 20. Bezirk

(Unterstützungserklärungen für den Wahlkreis Brigittenau und den 20en Bezirk): 20. Brigittaplatz 10 – 3. Stock Zimmer 307 (Mo–Fr 8.–13.00, Do 15.30–17.30)

Formulare müssten aufliegen, sonst auf www.slp.at downloaden.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei
Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Megafusion unterstreicht Diktatur des Kapitals

Bank Austria-Creditanstalt wird von italienischer UniCredit geschluckt

Wolfgang Fischer, SLP Wien

Seit 12. Juni ist die Katze aus dem Sack: Die angeschlagene Münchner BA-CA-Mutter HypoVereinsBank (HVB), zweitgrößte deutsche Bank, soll von der erst 1998/99 aus dem Zusammenschluss mehrerer italienischer Groß- und Regionalbanken entstandenen UniCredit übernommen werden.

Lukrativ wurde diese größte, grenzüberschreitende Bankenfusion Europas vor allem durch den hohen Besitz der BA-CA an osteuropäischen Banken. Damit wird der neu entstandene Bankkonzern aus BA-CA, HVB und UniCredit in Osteuropa eine Bilanzsumme von 66 Milliarden Euro aufweisen, mehr als doppelt soviel wie die dort derzeit größte Bankengruppe, die österreichische Erste Bank.

WAS STECKT DAHINTER?

Seit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs Mitte der 70er Jahre hat die Anzahl internationaler Fusionen am Industrie- und Bankensektor rasant zugenommen.

Einerseits stellen Fusionen, Kooperationen oder Übernahmen den Versuch dar, auf einem immer enger werdenden Markt durch die Ausweitung der Marktanteile Konkurrenten auszuschalten und Märkte zu kontrollieren.

Gleichzeitig findet diese Entwicklung vor einer massiven strukturellen Krise der Weltwirtschaft statt.

Überproduktion, Überakkumulation an Kapital und fehlende Investitionsmöglichkeiten in Westeuropas krisengebeutelte Wirtschaft sollen durch Expansion auf die "neuen" osteuropäischen Märkte kompensiert werden.

Auch österreichische Kapitalisten waren bislang an der "Eroberung" der osteuropäischen Märkte massiv beteiligt.

Das neue Management von UniCredit/HVB/BA-CA erwartet dort hohe "Synergieeffekte" – diese sollen sich aus einer Kombination von steuerlichen Begünstigungen, niedrigeren Lohnkosten und Jobvernichtung ergeben.

PRIVATISIERUNG DER "ROTEN Z" UNTER DER SPÖ

Die Fusions- und Privatisierungsgeschichte der ehemals im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Zentralsparkasse (Z) zeigt sehr deutlich auf, dass auch die SPÖ für den Ausverkauf öffentlichen Eigentums steht und sich neoliberalen "Sachzwängen" beugt.

1991 ist die Bank Austria aus der Fusion von Zentralsparkasse und Kommerzbank mit der Länderbank entstanden – 1997 wurde sie durch die Übernahme der Creditanstalt zum größten österreichischen Bankkonzern, der BA-CA.

Als solcher hatte sie zahlreiche Beteiligungen an wichtigen Industriebetrieben aus verschiedenen Branchen (Porr, Wibeba, Wienerberger, Lenzing, Österreichisches Verkehrsbüro, usw.) – war also indirekt Arbeitgeber für mehr als 60.000 Beschäftigte.



Im Herbst 2000 wurde vom ehemaligen Hauptaktionär der BA-CA, der damals im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen AVZ (Anteilsverwaltung Zentralsparkasse), durch den 8-köpfigen Sparkassenrat die Entscheidung über die vollständige Privatisierung und den Verkauf an die deutsche HVB beschlossen.

Dieser undemokratische Deal konnte nur mit den Stimmen der Wiener Gemeinderatsmitglieder der SPÖ (3 Stimmen) sowie des BA-CA Betriebsrat (3 FSG Stimmen) die notwendige 2/3 Mehrheit finden.

Durch die Privatisierung wurden auch die Anteile an vielen wichtigen staatsnahen Betrieben verkauft – eine Analogie zur Vollprivatisierung der Verstaatlichten durch die schwarz-blaue Regierung.

KÜRZUNGEN UND JOBABBAU

Der Verkauf der BA-CA an die HVB sowie die Expansion auf den Ostmärkten hat den Druck auf die Beschäftigten in den letzten Jahren enorm erhöht. Erst vor wenigen Monaten kündigte das BA-CA Management die bestehenden Sparkassenkollektivverträge

auf und setzte die für die Beschäftigten nachteiligen Bankkollektivverträge ein.

Neben arbeitsrechtlichen Verschlechterungen bedeutet das für den Großteil der MitarbeiterInnen massive Lohn- und Freizeiteinbußen, das Management ausgenommen. Statt jedoch Wut und Kampfgeist der KollegInnen aufzugreifen und Widerstand zu organisieren, beschränkte sich der BA-CA Betriebsrat und die Betriebsratsobfrau Fuhrmann auf Bremsen und Kollaboration mit der Geschäftsführung.

Die nun anstehende Fusion mit der UniCredit bedeutet ei-

ne Welle der Jobvernichtung – im Gesamtkonzern sollen 9.200 der rund 120.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, auch in Österreich ist eine Reduktion um 800 (derzeit ca. 10.500) Arbeitsplätze geplant.

Diese Angriffe können nur gestoppt werden, wenn ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen international beginnen, gemeinsam gegen Lohndumping, Jobvernichtung und für gleiche Standards im UniCredit-Konzern zu kämpfen.

FINANZMACHT BRAUCHT DEMOKRATISCHE KONTROLLE UND VERWALTUNG!

Internationale Banken und Versicherungen sowie multinationale Konzerne kooperieren sehr eng miteinander, wenn es darum geht, Profite zu maximieren.

Das explosive Ansteigen spekulativer Finanztransaktionen ohne reale Industrieinvestitionen führte Ende der 90er-Jahre zu "Überhitzung" und Zusammenbruch nationaler Märkte. Jobvernichtung, Ausbeutung und Armut sind im Steigen. Um vorhandene Finanzmittel wirklich "gewinnbringend" im Sinne der Menschheit einzusetzen, bedarf es einer öffentlichen Übernahme der Konzerne unter demokratischer Beteiligung und Planung von ArbeitnehmerInnen und Bevölkerung.

Nur dadurch können bessere soziale Standards, Bildung oder Umweltschutz "globalisiert" werden – der "Gewinn" käme allen Menschen zugute.

Erste Betriebsratswahlen bei EisenbahnerInnen

ÖVP-Fraktion zerschmettert

von Franz Breier jun., SLP Wien

Die ersten Betriebsratswahlen bei der nunmehr zerstückelten Eisenbahn sind über die Bühne gegangen. Das Ergebnis widerspricht auf den ersten Blick jenen Einschätzungen, die von einer deutlichen Niederlage der dominierenden FSE (SPÖ-Fraktion) ausgingen. In der Tat wurde, trotz aller Unzufriedenheit mit der bisherigen Gewerkschaftsführung, zuallererst die mit der Regierungspartei ÖVP verbundene Fraktion (FCG) ruiniert: von 26 auf 1 Mandat, von 966 auf 75 Stimmen. Die FSE erhielt 30.113 Stimmen; 89,8 %. 2001 waren es 89,7 %. Dieser Vergleich vermittelt den Eindruck, es hätte sich nichts verändert. Doch das stimmt nicht.

FSE: TEIL DER BASIS WURDE WEGRATIONALISIERT

Positiv ist, dass trotz der enormen Frustration nach dem Streikabbruch 2003 und

den ausverhandelten Verschlechterungen im Dienstrecht die Wahlbeteiligung nicht ins Bodenlose gefallen ist. Dennoch: An den Wahlen nahmen nicht spürbar mehr als 2001 teil. Von 41.806 Wahlberechtigten blieben immerhin 6.573 (15,7 %) den Urnen fern. Vielerorts gab es Wahllisten, auf denen nur die FSE aufgeschienen ist. Vor allem folgender Vergleich lässt die katastrophale Lage der EisenbahnerInnen erahnen: Wählten 2001 noch 38.150 die FSE, waren es 2005 nur mehr 30.113. Wo sind die über 8.000 KollegInnen hin? Den größten Teil macht der anhaltende Personalabbau aus, gegen den die FSE-Führung keine erfolgreiche Kampfstrategie entwickelt hat.

BEACHTLICHE OPPOSITIONSERGEBNISSE

Das, was es an oppositionellen sowie unabhängigen Angeboten gab, wurde durchaus gestärkt. Trotz einer gewaltigen Kürzung an Personalvertretungs- bzw. nunmehr Be-

triebsrats-Mandaten (von 2.142 auf 728) haben die Kandidaturen von diversen Namenslisten, einer Lokführerliste (auf Antrieb 10 Mandate), GLB (Linksblock) sowie GUG (Grüne und Unabhängige) in Summe im Vergleich zu 2001 enorm zugelegt: von 1,5 % der erhältlichen Mandate auf 7 %. Dass der GLB insgesamt nicht deutlich zulegen konnte, dürfte daran liegen, dass er sich während des Streiks 2003 nicht als echte Alternative zur FSE-Führung präsentierte. Damals unterstützte er den plötzlichen Streikabbruch, der nicht mit den KollegInnen abgestimmt war. Eine Vorbereitung auf die weitergehenden und noch bevorstehenden Angriffe ist nötig. Überregionale Zusammenarbeit zwischen allen kämpferischen KollegInnen, auch über Fraktionsgrenzen hinweg, kann bei einem künftigen Arbeitskonflikt viel Wert sein. Initiativen für Zusammenarbeit und Vorbereitung lassen sich notfalls auch ohne Betriebsratsmandat setzen.

Skandalöser Angriff auf Gewerkschafter

Die Post bringt allen was ...

... eine Klage zum Beispiel. Robert Hobek, Personalvertreter im Postamt 1230 Wien und GLB-Post-Vorsitzender, wurde wegen angeblicher Geschäftsschädigung vor den Kadi gezerrt. Am 22. August um 9 Uhr am Arbeits- und Sozialgericht Wien findet die nächste Verhandlung statt. Interessierte Gewerkschafter-



Robert Hobek (4. von links) vor der ersten Verhandlung, unterstützt von Kollegen von GLB und SLP.

„Schluss mit dem Mobbing bei der Post gegen Personal und Personalvertreter. Nein zum Ausverkauf und Börsengang der Post. Streik jetzt!“

(Robert Hobek, Vorsitzender der Personalvertretung im Postamt 1230 Wien, GLB-Post Vorsitzender)

Innen sind aufgerufen den öffentlichen Prozess zu beobachten. Vor dem Prozess sollte eine Kundgebung die Kampagne für Robert Hobek unterstützen. Die SLP hat die Erfahrung gemacht, dass solche Kundgebungen im Rahmen von Verteidigungskampagnen (z.B. Prozess HLI gegen Claudia Sorger) durchaus Erfolg bringen können. Der Fall "Hobek" ist schließlich nicht irgendein Fall, es handelt sich um einen Präzedenzfall. Das Postmanagement und die Republik Österreich versuchen nämlich einen un-

bequemen – stets im Interesse der Belegschaft handelnden – Personalvertreter gerichtlich los zu werden und so den gesetzlich verankerten Schutz vor Repression aufgrund von gewerkschaftlichem Engagement auszuhebeln. Geht dieser Versuch durch, könnte dies eine Flut von Klagen und Repressionen gegen engagierte GewerkschafterInnen bedeuten. Die Post hat bereits einem Tiroler Gewerkschafter (FCG) eine ähnliche Klage angedroht. Für die Gewerkschaftsbewegung steht viel auf dem Spiel, Solidarität und Ak-

tion ist daher das Gebot der Stunde. Protestpostkarten können auf www.slp.at bestellt werden.

TERMINE

DIE SLP SCHLÄGT ZWEI KUNDGEBUNGEN VOR:

Dienstag, 26. Juli, 8–10 Uhr Postamt 1230 Wien, Nähe U-Bahn Alterlaa

Montag, 22. August, 8–9 Uhr, vor dem Arbeits- und Sozialgericht, 8., Wickenburggasse 8

Privatisierung – Raub an gesellschaftlichem Eigentum

International – so auch in Österreich – steht Privatisierung seit den 80er-Jahren auf der Tagesordnung der Regierenden. Diese “Logik” gilt es zu durchbrechen!

von Jakob Unterwurzacher, SLP-Wien

“Privatisierung”: vom lateinischen Wort *privare* – befreien oder auch rauben. Unter Privatisierung versteht man die Öffnung eines vormals staatlich betriebenen Wirtschaftssektors für das private Kapital. Verbunden damit ist oft eine “Liberalisierung” oder “Deregulierung” des Sektors – meist der Fall von Gesetzen, die die staatlichen Betriebe vor privater Konkurrenz schützten. Ein Beispiel wäre das Briefmonopol für Sendungen unter 100g in Österreich und Deutschland für die jeweilige Post – das soll 2007 vollständig fallen. Das Telefonmonopol für die damalige Post und Telekom Austria fiel in den späten 90ern. Das Monopol des ORF fiel im Radiobereich schon 1993 – mit dem Start von ATV+ im Jahre 2003 auch beim Fernsehen.

PRIVATISIERT WIRD AUF VERSCHIEDENE ARTEN

1. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück und überlässt die Erfüllung von Aufgaben dem freien Markt – also privaten Anbietern – oder karitativen Organisationen. Das passiert in Österreich beispielsweise längst bei Autobahnabschnitten und Tunnels, die privat gebaut und verwaltet werden. Oder bei der Pensionsvorsorge, wo durch die Einschnitte der Schwarz-Blauen Pensionsreform die Menschen (gezwungen werden, sich privat zu versichern – wenn sie es sich leisten können. Oder auch in der Asylbetreuung – wo immer mehr Aufgaben an NGOs wie die Caritas abgewälzt werden.

2. Staatliche Betriebe werden direkt oder über die Börse verkauft. So geschehen bei der Bank Austria Creditanstalt AG, die 2000 von der SPÖ-Stadtregerung Wiens an die deutsche Hypo Vereinsbank verkauft wurde. Oder bei der Voest-Alpine, der Telekom Austria und Böhler-Uddeholm, die auf das Konto der Schwarz-Blauen Bundesregierung gehen.

3. Staatliche Betriebe werden zerschlagen (“filetiert”) und in private Gesellschaftsformen (AGs und GmbHs) überführt und dann häppchenweise verkauft. Oder einzelne Bereiche werden an private Dienstleister ausgelagert. Prominentestes Beispiel: Mit dem Bundesbahnstrukturgesetz 2003 wurden die ÖBB trotz Widerstandes durch Streik in insgesamt 9 Unternehmen zerschlagen – das darf als Vorbereitung zum Verkauf verstanden werden. Im Juli 2005 wurden etwa 30% der Linien der Postbus AG an private Unternehmen verkauft. Bemerkenswert dabei ist, dass bis dato eben etwa 30% der Linien profitabel waren. Der Rest ist ausgeglichen oder defizitär.

GESCHICHTE

Die “Verstaatlichte” entstand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Verstaatlichung unter deutscher Herrschaft stehender Industriebetriebe. Das geschah aus mehreren Gründen: Erstens um zu verhindern, dass die teilweise gestohlenen (“arisierten”) Betriebe, bzw. die zu Rüstungszwecken errichteten Großbetriebe von den Alliierten beschlagnahmt werden. Zweitens wollte man verhindern, dass ausländisches Kapital allzu großen Einfluss auf die österreichische Wirtschaft bekommt: Denn das österreichische Kapital war noch zu schwach, um die riesige Grundstoffindustrie weiterzuführen. Drittens sollte die verstaatlichte Industrie der privaten Wirtschaft beim Wiederaufbau den Rücken decken – ohne ihr Konkurrenz zu machen. In vielen Betrieben existierten unmittelbar nach dem Krieg Ansätze zur Arbeiterkontrolle – die Verstaatlichung beendete außerdem diesen für das Bürgertum untragbaren Zustand. Die Wirtschaftskrise der 80er Jahre, die Veränderung des internationale Kräfteverhältnisses durch den Vormarsch neoliberaler Experimente und die

Stärkung des heimischen Kapitals beendeten die österreichische “Gemütlichkeit”: Auch die Verstaatlichte in Österreich gab dem Druck der schlechten Wirtschaftslage nach und erste Stellenkürzungen setzten ein. Die SPÖ trug diese Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse von Beginn an mit und statt internationalem Widerstand unterwarfen sich die Gewerkschaften dem globalen Standortwettbewerb. Das war nur der Anfang neoliberaler Politik in Österreich, 1987 wurde als erste größere Aktion die ÖMV teilprivatisiert (heute mehrheitlich in Privatbesitz). Neoliberale Politik wurde auch die durch die Medien “gesellschaftsfähig” gemacht: Vor allem am Anfang der 90er Jahre startete eine massive Het-

“freie” Wirtschaft die Arbeitslosigkeit bekämpft ist eine sowohl theoretisch als auch praktisch unbegründete Annahme. Als Beispiel kann man sich die Situation in lateinamerikanischen Ländern anschauen, die durch den WEF zwangsverpflichtet mit “Strukturanpassungsprogrammen” Privatisierung und Sozialabbau vorantreiben: Die Folgen waren steigende Arbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit (Armut).

2. Das allgemein als privatisierungsfreundlich bekannte Institut für Höhere Studien (IHS) kam 2000 anhand 57 untersuchter Stahl- und Flugzeugkonzerne zu einem anderen Schluss: Für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen ist es egal, ob der Eigentümer privat oder

– und zwar deshalb, weil hier der gewerkschaftliche Organisationsgrad hoch war und der Arbeitgeber besser unter Druck gesetzt werden konnte. Für SozialistInnen liegen die Vorteile dieser “privilegierten” Situation so klar auf der Hand, dass wir diese auf möglichst viele Bereiche ausdehnen wollen. Regierungen und Kapital haben “natürlich” ein gegenteiliges Interesse, das sie hinter dem Schüren von Neid verbergen: Die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) war beispielsweise eine der stärksten Fachgewerkschaften im ÖGB. Die Zersplitterung des Unternehmens – und somit der Belegschaft – in 9 Teile bedeutet eine entschiedene Schwächung der GdE, sowie letztlich der gesamten Gewerkschaftsbewegung und damit der politischen Position der ArbeiterInnenklasse in der Gesellschaft.

FOLGEN DER PRIVATISIERUNG

Bei Privatisierungsaktionen zeigen sich viele Gemeinsamkeiten:

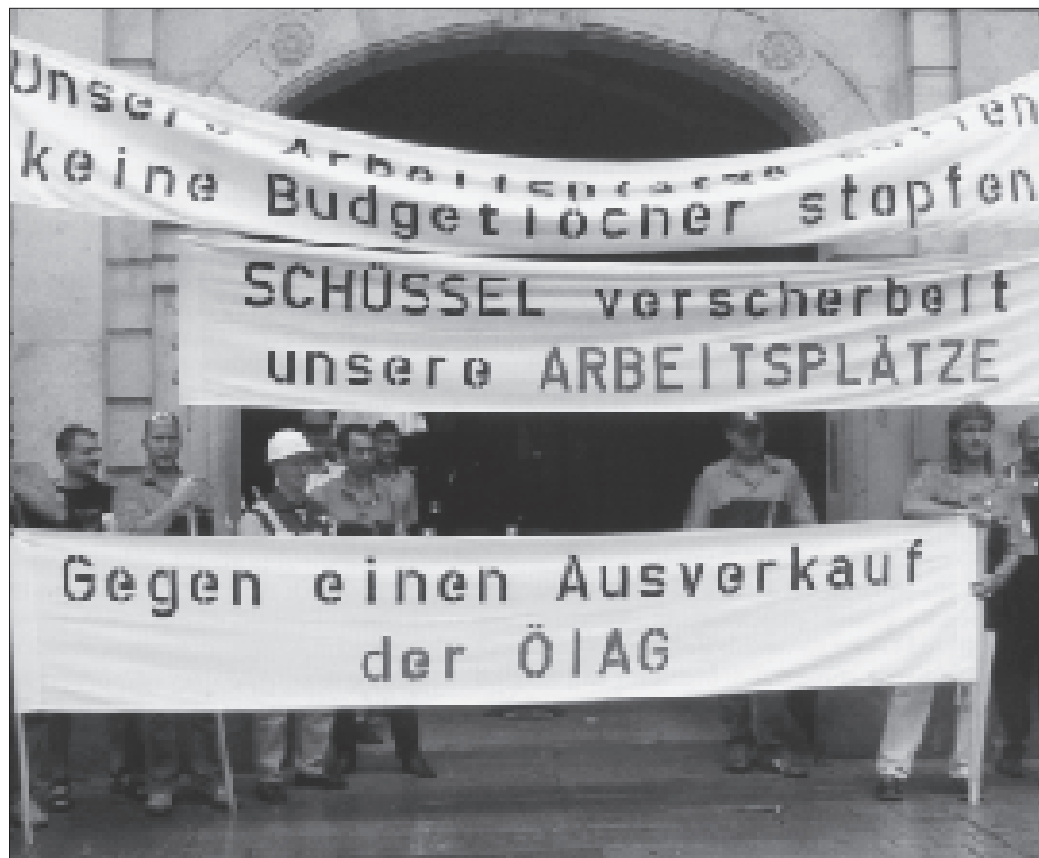
Die zu privatisierenden Unternehmen werden vorher “rentabel”, also gewinnbringend gemacht – anderenfalls würde sich das Unternehmen nur schlecht verkaufen lassen. Durch Umstrukturierungsmaßnahmen oder Modernisierungen – alles noch auf Kosten des Staates. Oft geschieht das auch durch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen (Entlassungen, Lohnkürzungen) oder auch durch Änderungen der Rahmenbedingungen: Die Aufweichung des Versorgungsauftrags der Post beispielsweise ermöglicht die Schließung unrentabler Postämter. Oft werden rentable Unternehmen auch erst geschaffen – durch die Zerschlagung von Großbetrieben (“Filetierung”) in profitable und nicht-profitable Blöcke – siehe Postbus, siehe ÖBB.

In Sektoren, in denen ein größerer Anbieter unverhältnismäßig günstiger – weil effizienter – anbieten kann als ein kleiner, bildet sich sehr schnell ein Monopol heraus – dieses Verhalten liegt in der Natur des Sektors, daher nennt man ein solches Monopol natürliches Monopol. Wenn ein Staatbetrieb, der ein natürliches Monopol besetzt hatte, privatisiert wird, steht das jetzt private Unternehmen gänzlich ohne Konkurrenz da – und das auf Dauer – hier “versagt” der Markt gänzlich. Sehr oft der Fall ist das in Infrastruktursektoren. Wenn die Preise nicht explodieren sollen, muss wieder der Staat als Regulator eingreifen. Zum Beispiel musste mit der Privatisierung der Telekom Austria die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH geschaffen werden. “Sinn” nach kapitalistischen Kriterien macht hier Privatisierung am allerwenigsten.

GEWINNE WERDEN PRIVATISIERT,
VERLUSTE WERDEN SOZIALISIERT ...

... denn die unprofitablen “Filets” von großen Betrieben wird niemand kaufen, die Gewinne der profitablen Teile fließen ab sofort in die Tasche von Kapitalisten statt zurück an den Staat. Zwar erhält der Staat unmittelbar den Verkaufspreis – nach einigen Jahren wäre dieser aber auch durch die Gewinne der Unternehmen lukriert worden. Auch auf diesem Weg ergeben sich oft Argumente, dass die staatlichen Unternehmen alle unprofitabel wären: Die gewinnbringenden Teile wurden schon verkauft.

Bei sensiblen Bereichen wie Bildung und Gesundheit sind die Folgen einer Privatisierung weit schlimmer als Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Den “unbegrenzten Möglichkeiten” zum Trotz hat ein Kind aus einer armen Familie in den Privatisierungsvorreitern USA es weit schwerer, mit guter Bildung aus der Armut auszubrechen – um sich auch eine ordentliche Krankenversorgung leisten zu kön-



ze gegen die “Privilegien” von Beamten, Angestellten in Staatsbetrieben und gegen den Staat als Unternehmer im Allgemeinen.

VORGESCHOBENE GRÜNDE...

Mittlerweile ist der Neoliberalismus als marktradikale Ideologie zumindest in den Reihen der etablierten Politiker weitgehend akzeptiert. Er predigt das freie Spiel der Marktkräfte als Weg aus der Krise. Zu den wichtigsten Behauptungen gehören:

1. Die Ursachen für hohe Arbeitslosigkeit z.B. würden in Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnissen – wie staatlichen Betrieben oder Regulierungen liegen. Ideal der Neoliberalen ist der schlanke Staat, d.h. ein Staat, der sich nur seiner Kernfunktion – also dem Repressionsapparat – widmet.

2. Der Staat sei einfach ein schlechter Unternehmer, private Unternehmen seien effizienter, das Service und die Preise für die Konsumenten bei privaten besser. Privatisierung beende die Misswirtschaft auf Steuerkosten in Staatsbetrieben. Man sehe sich nur die Schuldenberge an.

3. Außerdem würde die Parteibuchwirtschaft und die “Privilegien” in den Staatsbetrieben durch Privatisierung verschwinden. Der Druck der freien Konkurrenz soll beide beseitigen.

...MIT SCHÖNHEITSFEHLERN

1. Was hier bewusst vergessen wird, ist, dass ein freier Markt völlig utopisch ist – marktbeherrschende Monopole oder Oligopole, die ihrerseits den “freien Wettbewerb” verhindern sind die Regel und nicht die Ausnahme. Dass eine möglichst

staatlich ist! Pleiten gibt es auf beiden Seiten – für jeden “Konsum” gibt es gleich viele Parmalats, Enrons, Libros und Ylines. Zu den “Schuldenbergen” ist zu sagen, dass die österreichische Verstaatlichte in erster Linie dazu da war die Privatwirtschaft zu stützen. Sie fungierte als billiger Zulieferer, Ausbildungszentrum, Infrastruktureinrichtung und war außerdem vom rentabelsten Teil der Produktion – der Endfertigung – per Gesetz ausgeschlossen. Diese Gewinne sollte nur die Privatwirtschaft abschöpfen. Die Periode der Verschuldung stellt zudem die Ausnahmeperiode in der Geschichte der Verstaatlichten dar: 1998 war sie längst hochprofitabel – 450 Mio. Euro warfen die Beteiligungen der ÖIAG nur in diesem Jahr ab. Besserer Service und günstigere Preise sind durch eine Privatisierung nicht zu erwarten. Preissenkungen gibt es meist nur am Beginn der Liberalisierung, bei merklichen Qualitätseinbußen. Zwei Beispiele für Privatisierung: Im öffentlichen Verkehr in England wurden Fahrkartenpreise teurer und das Service schlechter. Bei den privaten Wasser-Multis in Großbritannien zahlen Konsumenten um nichts weniger, und das für eine deutlich schlechtere Wasserqualität als in Österreich: Über 100 Mal wurden sie schon wegen Vernachlässigung der Wasserqualität verurteilt. Die Strafen kommen jedoch billiger als die Instandhaltung der Infrastruktur...

3. Nach Schätzungen von Experten werden zwei Drittel der Jobs in der Privatwirtschaft über private Bekanntschaften vergeben. Stichwort “Privilegien”: Tatsächlich ist es der Fall, dass Beschäftigte in staatlichen Unternehmen in der Vergangenheit oft unter besseren Bedingungen und mit besserer Bezahlung arbeiten kön-

Internationale Beispiele für Kämpfe gegen Privatisierung

BRITANNIEN: BERGARBEITERSTREIK 1984/85

Das Beispiel des britischen Bergarbeiterstreiks 1984/85 steht nicht nur am Anfang der jüngeren Geschichte von Privatisierungen. Diese Auseinandersetzung markiert als Auseinandersetzung zwischen Margaret Thatcher und den britischen Bergarbeitern auch den Beginn des Kampfs der Neoliberalen gegen die ArbeiterInnenbewegung.

1979 begann die Tory-Regierung die komplette Privatisierung der britischen Kohleindustrie zu planen. 1980 wurden die Produktionsziele durch unrealistisch hohe Gewinnziele ersetzt, die die Argumentationsgrundlage für die Schließung von weniger profitablen Minen bildeten. Dadurch sollten die Bergwerke attraktiver für private Investoren werden.

1983 wurde Ian MacGregor Vorsitzender des "National Coal Board (NCB)" – er war berühmt geworden, als er in der Stahlindustrie 100.000 Arbeitsplätze abbaute.

Am 1. März 1984 verkündete das NCB die Schließung des Bergwerks in Cortonwood, Yorkshire und die Planungen zur Schließung von 20 anderen Minen mit insgesamt 20.000 Beschäftigten. Die Antwort der Kumpels kam sofort: Am 6. März verkündeten die Bergarbeiter von Yorkshire den unbegrenzten Streik, am 7. März zogen die schottischen Kollegen nach, am 9. Durham und Kent.

In den nächsten Monaten schlossen sich noch zahlreiche andere Minen an. Die Streikposten wurden von der Polizei brutalst attackiert, mehrere Streikende wurden dabei getötet.

Der Streik dauerte fast genau ein Jahr, involvierte bis zum Ende 100.000 der 160.000 Bergarbeiter, und kostete die Regierung wesentlich mehr als sie jemals durch eine Schließung von Minen verdienen könnte. Doch die Regierung war bereit, 6 Mrd. Pfund allein für die Bekämpfung des Streiks, und 26 Mrd. Pfund für die Zerschlagung der staatlichen Kohleindustrie auszugeben. Tories bezeichneten dies als "Investition in die Nation" und verglichen ihren Kampf mit dem Kampf gegen Hitler. Was den Minenarbeitern zum Sieg fehlte, war die Ausweitung des Streiks hin zu einem Generalstreik. So konnte Thatchers Kalkül aufgehen und die Niederlage der Minenarbeiter den Auftakt für eine weltweite Welle von Privatisierungen und Angriffen auf Rechte der ArbeiterInnenklasse werden. Umgekehrt gilt es, die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein Sieg der Bergarbeiter den Verlauf der historischen Entwicklung in eine ganz andere Richtung geprägt hätte.

BOLIVIEN 2005: PRÄSIDENT GESTÜRZT

Die letzten Jahre zeigten wieder einen Aufschwung des Widerstands gegen diese neoliberale Politik. Jüngstes Beispiel dafür ist die bolivianische Bewegung gegen die Ausbeutung der Bodenschätze durch imperialistische Konzerne, die Anfang Juni den Präsidenten Carlos Mesa zum Rücktritt zwingen konnte. In den 1990ern wurde der staatliche Öl- und Gaskonzern privatisiert und die Steuern auf die Ausbeutung der großen Erdgasreserven von 50 auf 18% herabgesetzt. Es wurde behauptet, dass ganz Bolivien

von einem größeren Investitionsvolumen profitieren würde, doch von den 5 Mrd. Dollar an Auslandsinvestitionen seit 1997 sind nur 5% in höhere Kaufkraft geflossen. Bei der extrem großen Schere zwischen Arm und Reich ist davon fast nichts den ärmeren Schichten zu gute gekommen.

Die Bolivien hat bereits schmerzliche Erfahrungen mit dem Ausverkauf von Bodenschätzen gemacht. In der Kolonialzeit wurden die Silberlagerstätten geplündert, in den 50er Jahren der Zinn und jetzt das Erdgas. Bereits des Vorgänger von Mesa war über diese Frage gestolpert. Mesa hatte darum zum Amtsantritt versprochen, ein Referendum über die Verstaatlichung der gesamten Öl- und Gasvorkommen abzuhalten. Als das Referendum letztendlich nur zur Einführung einer unbedeutenden zusätzlichen Steuer führte, begannen im März 2005 die Proteste.

An der Spitze stand der Gewerkschaftsdachverband COB. Die große Linkspartei MAS (Bewegung zum Sozialismus) und ihr Führer Evo Morales schien in erster Linie den Sieg bei den nächsten Wahlen im Kopf zu haben und stützte Anfangs Morales, erst nach Aufkommen der Bewegung schwenkte sie um.

Dagegen fordern COB und speziell die Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Kokabauern und der LehrerInnen nicht nur die Verstaatlichung von Öl und Gas, sondern auch die Ersetzung des Parlaments durch eine "Volksversammlung". 400.000 demonstrierten dafür am 6. Juni. Am 31. Mai verhinderten 40.000 Demonstranten eine Parlamentssitzung und drohten,

das Parlamentsgebäude niederzubrennen, sollte keine Verstaatlichung beschlossen werden.

Mit dem Übergangspräsidenten einigten sich COB und andere Gruppen jetzt auf die Aufnahme von Verhandlungen über die Verstaatlichung und öffneten dafür die von Besetzern geschlossenen Straßen, um die Versorgung der Städte zu gewährleisten. Auch die Besetzung von sieben BP und Repsol-Ölfeldern und einer Exxon/Shell-Pumpstation wurden aufgehoben, die den Export verhindert hatten. In manchen Bereichen, vor allem in der Stadt El Alto gibt es bereits Strukturen einer Doppelmacht, wo lokale Komitees die Nahrungsmittel- und Treibstoffversorgung organisierten. SozialistInnen fordern den Aufbau einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung, die Bodenschätze, Banken und die wichtigsten Betriebe unter demokratischer Kontrolle und Leitung durch die ArbeiterInnenklasse nationalisieren würde. Die Delegierten in den Versammlungen dürfen keine Privilegien haben und müssen jederzeit wählbar und abwählbar sein, damit die Entwicklung einer neuen Bürokratie vermieden wird.

Was bis jetzt fehlt, um die Bewegung um ein revolutionäres sozialistisches Programm zu versammeln, ist eine sozialistische Massenpartei mit einer klaren Strategie, Perspektiven und Programm. Gerade am Beispiel Boliviens zeigt sich somit, dass die Überwindung der Privatisierungspolitik gleichzeitig ein Infragestellen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an sich ist, auf die eine Bewegung eine sozialistische Antwort finden muß.

zusammengestellt von Philipp Fleischmann



Links: Massiver Polizeieinsatz gegen streikende Bergarbeiter in Orgreave (England, 1984) Rechts: Massendemonstration für die Verstaatlichung der Energiewirtschaft in La Paz (Bolivien, 2005)

nen, denn in den USA ist jeder zehnte BürgerIn nicht krankenversichert.

Privatisierung bedeutet immer einen Angriff auf die ArbeiterInnenklasse. Die Einschnitte, die sich ergeben können verschiedene Härtegrade erreichen: Von geringen Lohnkürzungen bis zu Entlassung und Arbeitslosigkeit, von schlechtem Service für Konsumenten zu versperrten Aufstiegschancen für Kinder ohne finanzielle Rückendeckung, von Ambulanzgebühren bis zu Tod durch Geldmangel.

STAATLICHE INDUSTRIE ALS WEG AUS DER KRISE?

Hinter den behandelten Argumenten der Privatisierer verbergen sich letztlich knallharte wirtschaftliche Interessen: Weltwirtschaftskrise und das allgemeine Überangebot an Kapital machen wirklich gewinnbringende Investitionen schwieriger – ein Hauptproblem der gegenwärtigen Krise. Die KapitalistInnen – unterstützt von den etablierten Parteien – versuchen daher, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Eine Schlüsselrolle spielt heute eben die Privatisierung von Betrieben oder ganzen Wirtschaftssektoren. Als SozialistInnen fordern wir grundsätzlich die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum. Genau aus diesem Grund verstehen wir uns als konsequente GegnerInnen jeder Privatisierung die in Wahrheit ein Schritt der Enteignung und Entmündigung der ArbeiterInnenklasse – und damit der grossen Bevölkerungsmehrheit – ist. Gerade die Geschichte der österreichischen Verstaatlichten und ihre Skandale zeigen auch, dass Verstaatlichung im Kapitalismus etwas anderes ist als Vergesellschaftung unter demokratischer ArbeiterInnenkontrolle und Verwaltung – die Gesellschaftsform, die wir anstreben, nämlich den Sozialismus.

Privatisierungen in Wien

von Philipp Fleischmann, SLP Wien

Weniger bekannt als die Privatisierungspolitik der Bundesregierung ist die der Gemeinde Wien. Aber: Privatisierung ist in Wien genauso auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Aufgabengebiete der Stadt wurden bereits ausgegliedert: Die gesamten Wiener Stadtwerke wurden als Wiener Stadtwerke Holding ausgegliedert, das umfaßt Wiener Linien, Wiengas, Wienstrom, Fernwärme, Bestattung Wien usw. Es handelt sich dabei jetzt um Unternehmen im städtischen Eigentum, die als solche nicht primär den Bedürfnissen der WienerInnen verpflichtet sind, sondern dem Rechnungsabschluß. Bei den Wiener Linien brachte das neue Dienstrecht etwa eine Lohn einbuße von etwa 25%.

Weiters ausgegliedert sind auch die Krankenhäuser (KAV – Krankenanstaltenverbund) und Gemeindefürsorge (Wiener Wohnen).

Die Wiener Holding, andere Gesellschaft im Eigentum der Stadt, wurde in den 70er Jahren eigentlich zum Aufkaufen von bankrotten Privatunternehmen gegründet. Ab 1989 begann die Gemeinde, diese Gesellschaft umgekehrt zur Privatisierung zu nutzen. Zur Holding gehören derzeit Firmen wie die Wr. Stadtentwicklungsgesellschaft und die Wiener Messe Besitz GmbH, die Kabel-TV-Wien und der Wiener Hafen. Mit der Schließung vieler Betriebe wird das Immobiliengeschäft immer wichtiger. Dabei geht es um das Messegelände, St. Marx und einiges mehr. Insgesamt arbeiten 1.800 Personen für die Wiener Holding. Spitzenreiter ist hier der Freizeit-, Kultur- und Veranstaltungsbereich mit

den Vereinigten Bühnen Wien sowie die Wiener Stadthalle-Gruppe. Im Wahljahr 2001 wurden erste gemeindeeigene Wohnhäuser an private Immobilienbetreiber verkauft. Lächerliche Ausrede vom Sprecher des Wohnbaustadtrats Feymann: Es "handelt sich nicht um klassische Gemeindebauten, sondern um Althäuser, die durch Schenkung, Vererbung oder Tausch in den Besitz der Stadt gekommen sind." Sogar Stadtplanungseinrichtungen, wie zum Beispiel die Gebietsbetreuungen, sind bereits vollständig privat.

FONDS SOZIALES WIEN

Vor einem Jahr wurde ein Großteil des Wiener Sozial- und Gesundheitswesens im Fonds Soziales Wien ausgegliedert. Die Gemeinde Wien gibt die soziale Verantwortung weitgehend an diese privatrechtlich organisierte Firma im 100%igen Gemeindebesitz ab. Es gibt dabei keine Möglichkeit der demokratischen Kontrolle mehr für diesen Bereich mit rund 15.000 Beschäftigten, 60.000 LeistungsbezieherInnen und einem Budget von 700 Mio. Euro. Der Einfluß des Gemeinderats reduziert sich im wesentlichen auf die jährliche Abstimmung über das Budget. Die SPÖ nennt dieses Budget in der Postwurfszeitung "Wien.at" propagandistisch "höchstes Sozialbudget aller Zeiten" – erwähnt aber nicht, dass der "Fonds Soziales Wien" wesentlich mehr Aufgaben zu erfüllen hat, als die Vorgänger MA 12 und MA 47. So übernahm die Gemeinde Wien vom Bund einen Großteil der Flüchtlingsbetreuung, die der FSW koordiniert.

Außerdem soll die medizinische und allgemeine Hauskrankenpflege massiv ausgebaut werden, um bei Spitals- und Pflegeheimbetten einsparen zu können. Ähnliches soll im Behindertenbereich zur Entlastung der psychiatrischen Krankenhäuser passieren. Insgesamt handelt es sich also eher um eine Budgetkürzung.

Der FSW hat die Aufgabe, eine Art sanfte Privatisierung im Sozial- und ambulanten Gesundheitsbereich der Stadt Wien zu beginnen. Das soll über die Umstellung von sogenannten Objektförderungen – das heißt, die Sozialeinrichtung wird gefördert – hin zur Subjektförderung – das heißt, der/die Bedürftige bekommt eine Art Scheck, mit der er/sie eine Leistung am Markt einkaufen kann – laufen. Somit könnte über das Gemeindebudget im Zukunft ein Förderbetrag auch unabhängig von tatsächlichen Kosten festgesetzt werden – die Betroffenen müssen dann den Fehlbetrag beim Einkauf der Leistung aus eigener Tasche drauflegen. Um das so organisieren zu können, muß der FSW aber noch seine eigenen Gesundheits- und Sozialversorgungseinrichtungen loswerden. Im FSW-Jargon heißt dieser nächste Schritt "Teilauslagerung der medizinischen Hauskrankenpflege an Partnerorganisationen". Sprich – eine Ausgliederung von der Ausgliederung. Hier droht vor allem eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und somit der Qualität der Pflege. Neben den Beschäftigten trifft diese Politik vor allem auch die KlientInnen. Peter Hacker, Geschäftsführer des FSW zum Falter: "Theoretisch kann der Fonds Soziales Wien auch in Konkurs gehen."

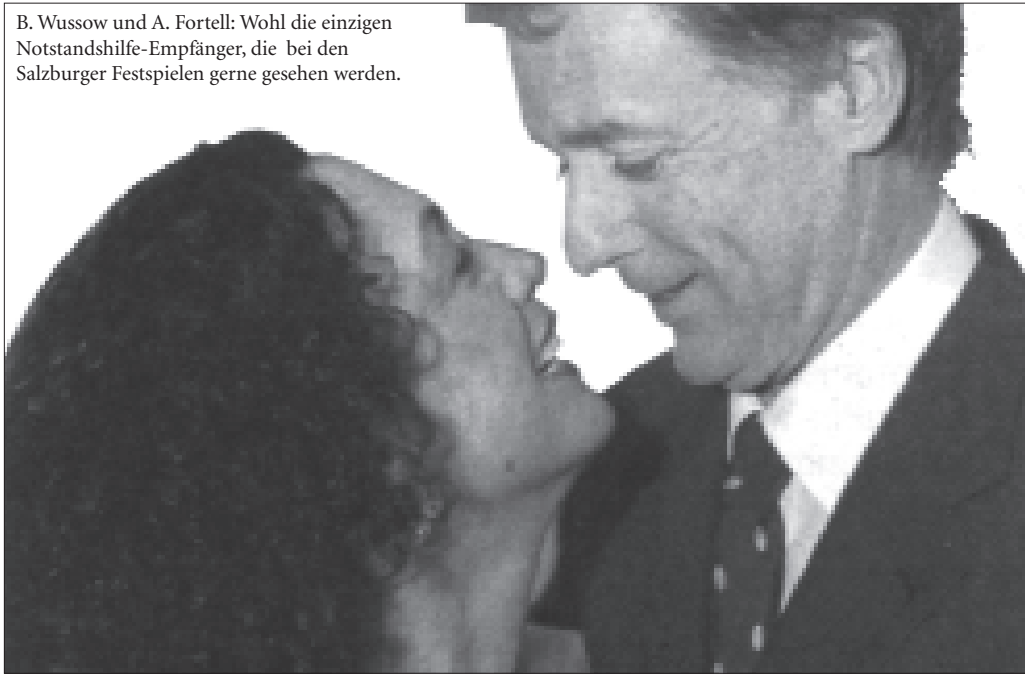
Exzellente Ausstellung zum Bergarbeiterstreik

In der Wiener BAWAG-Foundation läuft eine Ausstellung von Jeremy Deller zum Thema "Bergarbeiterstreik in Britannien 1984/85". Im Zentrum der Ausstellung steht ein Film Dellers mit dem Titel "The Battle of Orgreave". Deller, für seine künstlerischen Projekte mit Volks-, Fan- und ArbeiterInnenkultur(en) mit dem Turner-Preis ausgezeichnet, ließ die Schlacht von Orgreaves von Beteiligten an der "Originalschlacht" nachspielen, filmte dieses "Rollenspiel" und ergänzte es mit Interviews. Der Film und die Ausstellung geben ein bewegendes Zeugnis dieser Auseinandersetzung, bei der tausende Streikposten von der Polizei – unter Einsatz berittener Spezialeinheiten – auseinandergetrieben wurden. Auch die eigentlichen politischen Hintergründe für den Bergarbeiterstreik werden ausführlich beleuchtet. Im Film antwortet jemand auf die Frage, warum er Polizist wurde: "Ich wollte etwas für die Gemeinschaft tun. Dank Thatcher 'durfte' ich mithelfen, sie zu zerstören." Ein Bergarbeiter bemerkte: "Ich kann diesen Schlachtgesang 'Die Bergarbeiter gemeinsam – sie werden nie besiegt' nicht mehr hören. Es ist offensichtlich falsch. Wir wurden besiegt. Wir hätten rufen müssen: 'Die Arbeiter gemeinsam – sie werden nie besiegt.' Es war keine Frage der Bergarbeiter, es war eine ArbeiterInnen-Frage."

Fazit: Der Besuch der Ausstellung kann nur wärmstens empfohlen werden, besonders eine Teilnahme an der sehr informativen Führung, die auch Platz für Diskussion lässt.

Jeremy Deller:
"An injury to one is an injury to all"
Bis 27. August 2005,
Eintritt und Führung frei
BAWAG Foundation,
Tuchlauben 7a, 1010 Wien
Mo–Sa 10–18 Uhr,
Führungen Do 17 Uhr, Sa 15 Uhr
www.bawag-foundation.at

B. Wussow und A. Fortell: Wohl die einzigen Notstandshilfe-Empfänger, die bei den Salzburger Festspielen gerne gesehen werden.



Salzburger Festspiele: Kultur nur für Eliten?

Unbezahlbare Karten, überhöhte Preise, repressive Polizei – der allsommerliche Salzburger Wahnsinn.

von Jan Rybak, SLP Salzburg

Wie jedes Jahr beginnen im Juli wieder die Salzburger Festspiele. Zwar würde nie jemand an der hohen künstlerischen Qualität der Veranstaltungen zweifeln, doch für wen ist die hohe Salzburger Kunst? Karten für das große Festspielhaus (Cosi fan Tutte) sind nicht unter 210 Euro zu erhalten! Für die "Geschichten aus dem Wienerwald" im Landestheater legt der/die BesucherIn 120 Euro ab. Für diverse Aufführungen werden zwar auch billigere Karten (etwa 50 Euro) abgegeben, nur der/die weniger begüterte BesucherIn muss dann hinter Säulen oder sonstwo sitzen, wo Theater zum Hörspiel wird, weil man die Bühne nicht sehen kann.

Wird Kultur zu einem Privileg für Eliten? Nun, parallel zu den Festspielen steigen die ohnehin schon extrem hohen Preise für Essen im Restaurant und für Hotelzimmer (Salzburg hat die höchsten Lebenshaltungskosten Österreichs) um bis zu 50 % an. Die Gäste kommen aus der ganzen Welt –

ma des bourgeoisen Festspielgastes passen ist unglaublich. Für die Dauer der Festspiele wird ein Auftrittsverbot für StraßenmusikerInnen etc. erlassen, denen damit ihre Einnahmequelle für etwa zwei Monate genommen wird. Vor zwei Jahren wurden am Eröffnungstag der Festspiele in aller Früh von der Polizei alle Obdachlosen in der Innenstadt eingesammelt und viele Kilometer hinaus aufs Land transportiert. Dort wurden sie dann wenig sanft abgeladen. Die Polizeiautos machen kehrt und bis die Obdachlosen wieder in der Stadt waren, war der größte Teil der wichtigen Gäste schon wieder abgereist. Dieses brutale Vorgehen gegen Menschen, die das verlogene bürgerliche Scheinbild der Stadt stören könnten führte zu einem Aufschrei in den Lokalmedien und wurde deshalb angeblich nicht wiederholt. Trotzdem geht die Polizei im Festspielsommer besonders repressiv gegen Obdachlose, BettlerInnen und alle anderen vor, die das schöne Bild trüben könnten.

Jeden Sommer veranstaltet der Bürgermeister der Stadt Salzburg (Heinz Schaden – SPÖ) anlässlich der Festspiele ein großes Fest im Schloss Mirabell, bei dem die Granden aus Kultur, Politik und Wirtschaft eingeladen sind. Dazu kommen handverlesene Festspielgäste, die ihres Zeichens auch nicht gerade zur sozialen Unterschicht zählen. Dieses Fest, dem sogar Jedermanns legendäres Festmahl nach steht, wird aus Steuergeldern bezahlt. Den reichsten der Reichen werden Champagner und Kaviar gereicht. Dafür müssen die "einfachen" Menschen bezahlen, für die der Preis von zwei guten Festspielkarten oft ein Monatsgehalt übersteigt.

Die Arroganz und die Intoleranz, mit der die Salzburger Stadtregierung gegen all jene vorgeht, die nicht in das Sche-

ma des bourgeoisen Festspielgastes passen ist unglaublich. Für die Dauer der Festspiele wird ein Auftrittsverbot für StraßenmusikerInnen etc. erlassen, denen damit ihre Einnahmequelle für etwa zwei Monate genommen wird. Vor zwei Jahren wurden am Eröffnungstag der Festspiele in aller Früh von der Polizei alle Obdachlosen in der Innenstadt eingesammelt und viele Kilometer hinaus aufs Land transportiert. Dort wurden sie dann wenig sanft abgeladen. Die Polizeiautos machen kehrt und bis die Obdachlosen wieder in der Stadt waren, war der größte Teil der wichtigen Gäste schon wieder abgereist. Dieses brutale Vorgehen gegen Menschen, die das verlogene bürgerliche Scheinbild der Stadt stören könnten führte zu einem Aufschrei in den Lokalmedien und wurde deshalb angeblich nicht wiederholt. Trotzdem geht die Polizei im Festspielsommer besonders repressiv gegen Obdachlose, BettlerInnen und alle anderen vor, die das schöne Bild trüben könnten.

Wir können uns keine Sommerpause leisten

Anfang Juli hatte der Nationalrat seine letzte Sitzung vor der Sommerpause. Bis September haben sie Zeit, auf Urlaub zu gehen – oder sich weiteren Sozialabbau zu überlegen. Wir können es uns nicht leisten, Sommerpause zu machen. Das undemokratische Wahlsystem bei dem kleine Parteien Unterstützungserklärungen sammeln (50 pro Bezirk, 100 pro Wahlkreis in Wien) und zahlen (72,67 pro Bezirk bzw. Wahlkreis) müssen, fordert viel Arbeit von uns. Dabei sind wir auf Hilfe von jenen angewiesen, die wollen, dass in Wien eine sozialistische Alternative wählbar ist.

AKTIV ZWISCHEN WAHLEN

Wir haben kein Geld, um eine Hochglanzzeitung (a'la FPÖ) an alle Haushalte zu schicken, oder um einen Nachtbus (a'la ÖVP) durch Wien zu schicken. Wir kön-

nen nicht auf Regierungskosten Inserate schalten (a'la BZÖ), können kein riesiges Fest (a'la SPÖ) finanzieren oder Wien flächendeckend plakatieren (a'la Grüne).

Aber wir haben auch im Juni gezeigt, was wir unter sozialistischer Politik verstehen. Bis zu 351.000 ZuseherInnen haben am 28. Juni im ORF in der Sendung "Am Schauplatz" gesehen, wie der Papiermulti Mondi gegen slowakische Arbeiter vorgeht, die sich für höhere Löhne einsetzen. In Österreich ist die SLP die einzige politische Kraft, die sich konsequent für die Kollegen aus der Slowakei einsetzt. Dass der ORF das Thema aufgegriffen hat, war das Ergebnis unserer Kampagne. Der politische Druck, der durch die Kampagne erzeugt wurde, hat wohl auch den Richter nicht unbeeindruckt gelassen, der im Sinne der Kollegen entschied. Und die Kampagne

war wichtig, um den Kollegen den Rücken zum Durchhalten zu stärken.

AKTIVER ANTIFASCHISMUS

Krokodilstränen haben die etablierten Parteien angesichts der widerlichen Sager von Gudenus & Kampl vergessen. Beide sind nach wie vor hochbezahlte Bundesräte. Nur die SLP hat gemeinsam mit SWI zu einer Kundgebung gegen die "rechtsextremen Volksvertreter" aufgerufen, die viel Aufmerksamkeit erregte und zu der Jugendliche aus Wien und Niederösterreich kamen.

Gegen den Schillerkomers, das größte rechtsextreme Treffen in Österreich 05, haben wir maßgeblich für die Gegendemonstration mobilisiert. Und in Linz haben wir am 11. Juli einen neuerlichen Versuch des BFJ, rechtsextreme Propaganda in Form eines

"Stadtspazierganges" zu betreiben, verhindert.

SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Die SLP ist die sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien, die sich immer mehr gleichen. Wir sind offen für alle, die mit uns gegen Sozialabbau und Rassismus und für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen wollen. Nicht nur zu Wahlzeiten, sondern 12 Monate im Jahr. Also nix mit der Sommerpause – obwohl wir sie uns verdient hätten!

Jetzt aktiv werden: 0650-424 63 10 bzw. slp@slp.at

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP im Sommer

LINZ

jeweils Montag, 17.30, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

18.07. Was ist Trotzismus?

25.07. Lateinamerika – Ein Kontinent im Aufstand

SALZBURG

jeweils Dienstag, 19:30, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Schwerpunkt: Was ist Trotzismus?

09.07. Wer war Leo Trotzki?

02.08. Wie der Stalinismus entstand

16.08. Sozialismus in der "3. Welt" – Geht das überhaupt?

30.08. Das Portrait des Nationalsozialismus

WIEN

jeweils Mittwoch, 19:00, "Amerlinghaus", Wien 7.; Stiftgasse 8

Achtung: Ort wird im August "wahlkampfbedingt" eventuell geändert.

Schwerpunkt: Die Arbeit von SozialistInnen in aller Welt

20.07. Flüchtlingspolitik in Australien

27.07. Eine neue ArbeiterInnenpartei formiert sich in Brasilien

03.08. SozialistInnen in den USA

10.08. Kasachstan und was der Kapitalismus gebracht hat

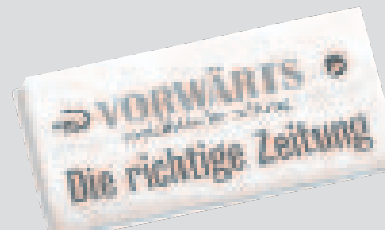
17.08. Gibt es eine Lösung für den Nord-Irland-Konflikt?

24.08. Gibt es eine sozialistische Zukunft für Venezuela?

31.08. Armut trotz Reichtums. Der Widerstand in Nigeria

Im Zuge des Wahlkampfs in Wien werden in den Sommermonaten in Wien zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen stattfinden.

Aktuelle Termine auf www.slp.at



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei – seit Mai in neuem Gewand, mit mehr und aktuellerem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Anti-G8-Proteste in Edinburgh

In der ersten Juliwoche trafen sich die mächtigsten Regierungschefs in Edinburgh, um über Armut und Not in der sogenannten 3. Welt zu reden. Währenddessen protestierten Hunderttausende in den Straßen von Edinburgh gegen die Politik von Blair, Putin & Co. Unter dem Motto "Make capitalism history" demonstrierten auch unsere GenossInnen aus Großbritannien. Sie organisierten außerdem parallel zu dem Gipfel ein Sommercamp, zu dem Mitglieder des CWI aus aller Welt anreisten. Unmittelbar nach der Demo hatte ISR (International Socialist Resistance) auch noch eine Veranstaltung zum Thema "welche Alternative zum Kapitalismus", zu der viele Menschen kamen, obwohl sie von den Protesten müde waren.

Arbeiterproteste in Australien

Am 30. Juni wurde in Australien zu einem halbtägigen Generalstreik gegen ein geplantes Gesetz, das die Arbeitsbedingungen und Rechte von Beschäftigten verschlechtern bzw. einschränken soll, aufgerufen. Unsere Sektion in Australien beteiligte sich an den folgenden Massendemonstrationen gegen die rechte Regierung unter Howard. In Perth demonstrierten 20 000 Menschen gegen die geplanten Reformen. Die Demos sind vorbei, die Kämpfe jedoch noch lange nicht. Die Gewerkschaften planen schon die nächsten Schritte und unsere GenossInnen vor Ort werden sich für einen 24-stündigen Generalstreik stark machen. Die Stimmung unter den ArbeiterInnen dafür ist da.
www.socialistworld.net

Studiengebühren verhindern!

In Nordrhein-Westfalen hat sich die neue Landesregierung dazu entschlossen, Studiengebühren einzuführen, nachdem das Verbot dafür auf Landesebene abgeschafft wurde. Die StudentInnen reagierten darauf sofort und riefen Proteste ins Leben, an denen sich in Köln auch der DGB beteiligte. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die Proteste auch auf andere Bevölkerungsschichten übergreifen können. Unsere deutschen GenossInnen werden in die Proteste intervenieren und die Forderung nach Streik in den Vordergrund stellen, denn nur eine Streikbewegung kann auf Dauer Druck auf die Regierung ausüben.
www.sozialismus.info

www.socialistworld.net

Pakistan: Sieg und Niederlage im Streik der TelekomarbeiterInnen

TelekomarbeiterInnen erzwingen Zugeständnisse – Kampf gegen Privatisierung ist jedoch nicht zu Ende.

Laura Rafetseder, SLP Wien

Drei Wochen waren die 60.000 Beschäftigten der noch staatlichen Pakistanischen Telekom (PTCL) im Streik gegen Privatisierung. Aufgrund der militärischen Repression durch die pakistanische Regierung kam es sogar zu einer zwischenzeitlichen Besetzung der Geschäftszentrale der PTCL durch 4000 ArbeiterInnen. Nun hat eine der neun Gewerkschaften des Aktions- und Streikkomitees einem Deal der Regierung zugestimmt und damit die Streikenden gespalten.

MASSENVERHAFTUNGEN

Das Regime Musharaffs stand unter enormem Druck, den Widerstand der ArbeiterInnen gegen die geplante Privatisierung der Telekom zu brechen. Die Regierung fürchtete unter anderem, dass der Streik potentielle Investoren abschrecken würde, und damit auch weitere Privatisierungen gefährdet wären. Sie war daher auch zu Zugeständnissen gezwungen, darunter eine 30%-Lohnerhöhung, keine Kündigungen für ArbeiterInnen, die vor 1992 eingestellt worden waren, u.a. Im Gegenzug allerdings verlangte die Regierung nicht nur ein Ende des Streiks sondern jeglicher Opposition gegen die



Privatisierung. Zusätzlich hatte das Regime Musharaffs militärische Repression eingesetzt und 1.100 GewerkschafterInnen verhaftet. Das Aktions- und Streikkomitee verhandelt nach wie vor mit der pakistanischen Regierung, weigert sich jedoch diesen Deal der Regierung zu unterschreiben. Gefordert wurde vor allem ein Ende der Repression: Während ein Großteil der verhafteten GewerkschafterInnen zwar wieder frei ist – unter anderem dank der internationalen Solidaritätskundgebungen –, befinden sich bis zu 15 führende Ge-

werkschafterInnen nach wie vor in Haft.

MASSENUNTERSTÜTZUNG

Der Kampf der pakistanischen TelekomarbeiterInnen hat breite Unterstützung unter der pakistanischen ArbeiterInnenklasse. Obwohl die Arbeit von den PTCL-ArbeiterInnen wieder aufgenommen wurde, gibt es eine klare Stimmung gegen die Telekomprivatisierung unter der pakistanischen Bevölkerung. Auch in jener Gewerkschaft, die den Deal der Regierung unterzeichnet hat, der Em-

ployees' Union, gibt es Opposition zu diesem Deal von Seiten der Basis. Teile der lokalen Führung der Employees' Union haben bereits angekündigt mit ihrer Gewerkschaft zu brechen. Die Spitzen der Employees' Union konnten aufgrund des Unmuts der Basis nicht einmal Betriebsversammlungen abhalten, um den Deal abzusichern.

TEILERFOLG

Viele Telekom-ArbeiterInnen sind nach wie vor wütend und enttäuscht, dass die Privatisierung nun doch begon-

nen wurde. Der Kampf wird allerdings nicht als vollständige Niederlage gesehen, eher als sowohl Sieg wie auch Niederlage – Sieg, weil die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen wurde und Niederlage, weil die Regierung den Privatisierungsprozess einleiten konnte. Die AktivistInnen des Streiks ziehen bereits Schlussfolgerungen aus diesem Kampf. Sie sind entschlossen, Widerstand gegen etwaige Angriffe des neuen Managements – 26% der Anteile wurden bereits verkauft – zu leisten und weitere Privatisierungen zu verhindern. Sie fordern außerdem die Wiederverstaatlichung aller privatisierten Industrien, diesmal unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die Beschäftigten. Der Kampf zeigt auch, dass es dringend nötig ist, für einen kämpferischen Kurs und demokratische Strukturen in den Gewerkschaften einzutreten. So sollten zum Beispiel FunktionärInnen nicht mehr als einen FacharbeiterInnenlohn verdienen, damit sie auch tatsächlich die Interessen ihrer Basis vertreten können. Internationale Proteste sind nach wie vor nötig, um die Freilassung aller GewerkschafterInnen der PTCL zu erzwingen und künftige Repressionen durch die pakistanische Regierung zu verhindern.

Neoliberaler Einheitsbrei zu Ende?

In Deutschland zeichnet sich ein Wahlerfolg für das Wahlbündnis aus PDS und WASG ab. Doch der politische Preis dafür könnte hoch sein.

von Ken Horvath, SLP Wien

Bei den bevorstehenden Wahlen könnte die "Linkspartei" – ein Wahlbündnis aus PDS und der erst im Jänner diesen Jahres gegründeten Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) – zur drittstärksten Kraft im deutschen Bundestag werden. Aktuell kommt die Linkspartei in Umfragen auf elf Prozent der Stimmen, ein Viertel der Deutschen kann sich vorstellen, sie zu wählen. Im Osten Deutschlands wird sie bereits als führende Kraft gehandelt.

Der Linkspartei ist zu verdanken, dass die CDU in den Umfragen ihre absolute Mehrheit eingebüßt hat. Für die Grünen rückt der dritte Platz in weite Ferne, die SPD versucht indes verzweifelt mit einem rhetorischen Linksschwenk den totalen Absturz zu vermeiden.

WASG AM SCHEIDEWEG

Die WASG ist aus den Massenprotesten gegen den Sozialabbau der letzten Jahre her-



vorgegangen. Schon bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai erreichte sie 2,2% der Stimmen. Oskar Lafontaine, Ex-Finanzminister und prominenter SPD-Politiker, kündigte daraufhin an, für eine Bündnis-kandidatur von PDS und WASG zur Verfügung zu stehen. Die dadurch ausgelöste mediale Debatte steigerte die Bekanntheit der WASG beachtlich und brachte tausende neue Mitglieder.

Gleichzeitig droht die eigentliche Stärke der WASG verloren zu gehen: ihre aktive Basis in sozialen Kämpfen.

Denn erstens hat die innerparteiliche Demokratie deutlich gelitten: Die Gespräche mit der PDS-Spitze fanden geheim statt, Ergebnisse wurden der Mitgliedschaft über die bürgerlichen Medien mitgeteilt.

Und zweitens steht die politische Glaubwürdigkeit der WASG auf dem Spiel. In Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern ist die PDS als Regierungspartei selbst an der Umsetzung neoliberaler Politik beteiligt. Sie hat an der Umsetzung von Hartz IV ebenso wie an der Auflösung von Flächenkollektivverträ-

gen mitgewirkt. Die Regierungstätigkeit der PDS steht in klarem Widerspruch zu den Protesten gegen Sozialabbau, aus denen die WASG hervorgegangen ist. Zu allem Überdross hat Oskar Lafontaine in den letzten Wochen mit der Aussage, dass "Fremdarbeiter" den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, für Diskussionen gesorgt.

FÜR EINE EIGENSTÄNDIGE UND KÄMPFERISCHE WASG!

Ob die WASG ein aktiver Bestandteil im Aufbau einer neuen kämpferischen Partei

sein kann, wird entscheidend von den Entwicklungen rund um die Bundestagswahlen abhängen. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass die WASG sich gegenüber der PDS mit einem eigenständigem Wahlkampf profiliert – vor allem in jenen Gebieten, wo die PDS selber Sozialabbau betreibt – und sich weiterhin aktiv an Kämpfen beteiligt. Sollte sich dagegen der Kurs der Parteispitze durchsetzen, wird es über kurz oder lang zur Fusion mit der PDS kommen – und damit wäre das Projekt WASG beendet.

www.sozialismus.info

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt"; Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

SLP: Rassismus gemeinsam bekämpfen!



Asylfrage: Rassistischer Konsens zwischen SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ!

von Pablo Hörtner, SWI Wien

„Der Beschluss des Asyl- und Fremdenrechts setzt einen vorläufigen Schlusspunkt unter ein beschämendes Kapitel der politischen Debatte. Der Schutz der Flüchtlinge wurde völlig in den Hintergrund gedrängt“ so kommentierte die Asylkoordination Österreich das neue Gesetz gegen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und Not. Während kein(e) einzige/r SPÖ-MandatarIn gegen die Zwangsernährung von Asylwerbern stimmte, ist auch der Widerstand der Grünen gegen die rassistische Gesetze und Hetze von H.C. Strache in Wien nicht gerade spektakulär.

ALLE REDEN VON RASSISMUS
– WIR TUN WAS DAGEGEN!

In Irland betreibt die Schwesterpartei der SLP, die Socialist Party gemeinsam mit türkischen MigrantInnen eine Kampagne gegen deren Ausbeutung als ausländische Billigarbeitskräfte. Wir zeigen auf, dass diese einen wesent-

lichen Anteil am schnellen Wachstum des „keltischen Tigers“ haben (Vorwärts berichtete). Wir nutzen unser Mandat im irischen Parlament anders als beispielsweise die Grünen – nämlich als Plattform, um solche Kämpfe auf eine breitere Grundlage zu stellen, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und die Herrschenden dazu zu zwingen, diese Anliegen auch im Parlament zu behandeln und sich so gegenüber der Öffentlichkeit zu positionieren. Wir reden nicht nur über hohe Spesengelder: Unser Abgeordneter spendet alles, was einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn übersteigt, an Bewegungen sowie für Kampagnen der Socialist Party u.ä.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT:
KEIN LEERES SCHLAGWORT

Mit ihrer Solidaritätskampagne mit den streikenden Papierarbeitern in Ruzomberok, Slowakei, hat die SLP jüngst wieder gezeigt, wie rassistische Ressentiments unter der Bevölkerung aktiv bekämpft werden können. Wir haben

Kollegen aus der Slowakei nach Österreich eingeladen, um über ihre Anliegen zu diskutieren, organisierten mit ihnen gemeinsam eine Aktion vor der Papierfabrik in Hausmening, NÖ, besuchten sie in Ruzomberok und haben gemeinsam mit unserer tschechischen Schwesterorganisation versucht, den Kampf auf eine breitere Grundlage zu stellen und in die Medien zu bekommen, was mit einem eigenen „Am Schauplatz“ (ORF 2) auch gelungen ist.

KAMPF GEGEN DEN
RECHTSEXTREMEN BFJ

Sozialistischer Widerstand International (SWI) führt seit langem eine Kampagne gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Schwerpunkt dieser Kampagne ist der Kampf gegen den Bund freier Jugend (BFJ) in Oberösterreich, aber auch unsere Demonstration im April gegen den FPÖ-Parteitag in Wien war Teil dieser Kampagne. Während H.C. Strache Wien mit Plakaten mit dem Slogan „Wien darf nicht Istanbul werden“ zupla-

katierte, wurden Schwarze und Linke von rechten Schlägern verprügelt.

GEGEN RECHTE GEWALT!

Im Oktober finden in Wien Gemeinderatswahlen statt. Die FPÖ hat den Wahlkampf bereits mit dem Slogan „Duell um Wien“ eröffnet. Auf ihren Plakaten hetzen sie wie gewohnt gegen TürkInnen und „Asylanten“ und versuchen, sich als die „Antisozialabbauer“ zu präsentieren. Tatsächlich stehen Häupl und die SPÖ keinesfalls für „Mehr Geld für Asylanten“, sondern kürzen Gelder, wo es nur geht. So wurden z.B. die Unterstützung für das linke Jugendprojekt „echo“ vollkommen eingestellt und die SozialhelferInnen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ersatzlos gestrichen! SPÖ und FPÖ stehen ebenso wie alle anderen Parlamentsparteien in erster Linie für mehr Geld für Unternehmen sowie die eigene Parteikasse bei weniger Geld für die Menschen.

Auch bei den Grünen hat sich mit Chorherr und Vassi-

lakou längst der Wirtschaftsflügel durchgesetzt. Gefordert wird „ein offenes wirtschaftspolitisches und gesellschaftliches Klima, das die Vielfalt der Stadt auch unternehmerisch als Stärke anerkennt.“ „Gelebter Antirassismus“ bedeutet hier gelegentliche Unterstützung für diverse Projekte und Statements, mit denen sie sich nicht „die Hände schmutzig machen“ können und die ihr „staatsmännisches“ Image nicht gefährden. Während die Grünen in Oberösterreich glauben gemeinsam mit der ÖVP durch Antidiskriminierungsgesetze Rassismus bekämpfen zu können, versuchen SLP und SWI aktive Arbeit mit den Menschen vor Ort zu leisten. Auf der Straße, in den Schulen und vor den Betrieben. Vorläufiger Höhepunkt unserer Kampagne soll eine Demonstration gegen die FPÖ-Abschlusskundgebung in Wien sein (Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen oder auf www.slp.at). Außerdem wird es am 8. Oktober eine Demo gegen den BFJ in Linz sowie zahlreiche weitere Aktionen geben. Mach mit!

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!